

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 9

Artikel: Nach dem Arbeitskampf der bundesdeutschen Metallarbeiter : der Traum ist ausgeträumt
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hollywood, aus Sexheftchen oder vom Schweizer Fernsehen her kennen: Es handelt sich dabei mehr um das weibliche Prinzip. Was das männliche Prinzip dieser Welt gebracht hat — und es hat zweifelsohne sehr viel gebracht — kennen wir. Was jedoch das Weibliche, auch in seiner höchsten Form von Weisheit, bringen kann, haben die Herren der Welt scheinbar vergessen. Dabei hat die Menschheit diese Erfahrung schon einmal, in prähistorischer Zeit, in der es weibliche Kulturen gab, gemacht. Vielleicht war das Leben damals, einmal mehr, wie es uns heute auch erscheint, festgefahren, primitiv, eindimensional und hart gewesen, und es brauchte das fruchtbare, weibliche Element, um es aus dieser Sackgasse zu befreien. Fruchtbar jedoch auch geistig. Aber die Herren der Welt haben es

sich leider angewöhnt, wenn sie von Geist sprechen, nur von dem ihren und erst noch in der Einzahl zu sprechen. Den sehr tiefliegenden Gründen und Mechanismen eines solchen Verhaltens gehen die oben erwähnten und andere, ähnliche Bücher nach — auf ihre Weise, erzählend, unterhaltend auch spannend. Und mit Erfolg — wie *Figura* zeigt. Es handelt sich dabei um die wohl subversivsten Bücher, die im Augenblick auf dem Buchmarkt zu haben sind. Aber auch im Kino tut sich etwas in diese Richtung. Auch hier wird das Thema Weiblichkeit in einer neuen Weise gesehen: «Viktor/Viktoria» oder «Tootsie», alle *Carmen*-Filme oder «*Terms of Endearment*» und «*Yentl*». Man achte dabei auf die Rolle der Frau in diesen Streifen und auch darauf, wer am Schluss der Geschichte gewinnt und wie.

Dabei handelt es sich ja um ein altes und beliebtes literarisches Thema: *Cherchez la femme!*

Das oben erwähnte Ganze, im Gleichgewicht von Gefühl und Vernunft, kann und muss einmal mehr durch das weibliche Prinzip, welchem ja nach neuesten Erkenntnissen die gesamte Natur folgt, geschaffen werden. Wobei jedoch alle gefordert sind: Frauen und Männer müssen diese neue Qualität von Denken und Fühlen erbringen.

Der alte Goethe wusste, wovon er sprach, am Schluss seines «*Faust II*»:

Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis;

Das Unzulängliche,

Hier wird's Ereignis;

Das Unbeschreibliche,

Hier ist's getan;

Das Ewig-Weibliche
zieht uns hinan.

Nach dem Arbeitskampf der bundesdeutschen Metallarbeiter

Der Traum ist ausgeträumt

Von Horst Hartmann

Die Bundesrepublik erlebte ihren härtesten Arbeitskampf. Streiks stossen in der Bundesrepublik zwar auf Sympathien bei Arbeitnehmern, populär dagegen sind sie selten. Nicht etwa, weil die durchzusetzenden Ziele unrealistisch erscheinen, die Bundesdeutschen sind schliesslich keine strammen Preussen mehr, aber Ordnung und Disziplin sind nun einmal ihr kleinbürgerliches Lebenselixier. Zum Streik haben sie im Vergleich zu anderen europäischen Nationen nur ein mittelmässiges Talent.

Hinzu kommt, dass zwanzig Jahre in allen Bevölkerungsschichten der naive Glaube herrschte, man wäre auf dem Wege ins Schlaraffenland. Zwi-

schen 1950 und 1971 verdreifachten sich die Reallöhne. Es kam zu Arbeitszeitverkürzungen. Sozialleistungen wurden ausgebaut, die Renten dynamisiert, die Armut schien fast beseitigt.

Angesichts einer völlig veränderten Situation, mit weit mehr als drei Millionen Arbeitslosen, bei ständig wachsendem Rationalisierungsdruck, einer konservativen, industriehörigen Regierung, erscheinen Streiks problematisch. Die Angst schleicht durch Büros und Werkhallen, das Arbeitspensum wird erhöht, der Anpassungsdruck wächst, die Entsolidarisierung nimmt zu.

Wenn die IG Metall und die IG Druck und Papier trotzdem den

Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wagten, dann aus der Überlegung heraus, eine Regierung zum Handeln zu zwingen, die allein auf die Selbstheilungskräfte des freien Marktes setzt, statt Arbeitsbeschaffungsprogramme anzukurbeln und drastische Arbeitszeitverkürzung einzuführen.

Der Kanzler ergriff Partei

Der zweigleisige Arbeitskampf dieses heissen Sommers gilt bereits jetzt als härteste und teuerste Tarifauseinandersetzung der Bundesrepublik. Vermutlich wird er auch als Wendepunkt in die Sozialgeschichte eingehen. Die Legende von der Sozialpart-

nerschaft dürfte von der Erkenntnis grundsätzlich gegensätzlicher Positionen beider Kontrahenten abgelöst worden sein.

Noch nie haben die Arbeitgeber mit einem derartigen Propagandawirbel Gewerkschaftsforderungen zurückgewiesen wie das Ziel der 35-Stunden-Woche, und noch nie hat das Unternehmerlager selbst während der Streikverhandlungen die Diskussion über dieses Ziel als nicht verhandlungsfähig abgelehnt. Bundeskanzler Helmut Kohl, Dilettant in Wirtschaftsfragen, beging einen folgenschweren Fehler, den Streik von vornherein als «dumm und töricht» zu bezeichnen, um seinen politischen Auftraggebern von vornherein den Rücken zu stärken. Die unvermeidbare Folge war die Solidarisierung der SPD mit dem DGB. Damit aber wurde der Arbeitskampf zu einer hochpolitischen Angelegenheit, bei der Kompromisse erst nach langen Verhandlungen möglich waren.

Ende eines Tabus

Die Ergebnisse sind bekannt: Die 38,5-Stunden-Woche ist in der Druckindustrie ebenso durchgesetzt worden wie in der Metallindustrie. In der Stahlindustrie einigten sich beide Lager auf die 38-Stunden-Woche. Damit ist eine Bresche für kürzere Arbeitszeiten geschlagen worden, es gibt kein Zurück mehr. Die festgelegten Lohnerhöhungen dürften die Inflationsraten ausgleichen, und die langen Laufzeiten der Vereinbarungen sind ein Kompromiss der Gewerkschaften. Keine Seite hat ihr Gesicht verloren.

Die verängstigten Bundesbürger werden nun feststellen, dass Arbeitszeitverkürzungen keine Katastrophe für die Wirtschaft bedeuten. Andererseits muss vor allzu optimistischen Erwartungen gewarnt werden. Der neue

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, riskierte eine Prognose, wonach bei 38,5 Wochenstunden 1985 40 000 neue Arbeitsplätze zu erwarten sind, in den folgenden Jahren jeweils 50 000 oder auch mehr.

Um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, wäre die 30-Stunden-Woche nötig. Sie könnte 600 000 Menschen wieder Lohn und Brot bringen, liegt aber ausserhalb der realistischen Möglichkeiten. Der stufenweise Einstieg in die 35-Stunden-Woche wird kaum eine rasche Verminderung der Arbeitslosigkeit ermöglichen, da sie sich auf einen längeren Zeitraum verteilt. Allerdings werden die Zuwachsraten der Arbeitslosigkeit verringert, die bei der 40-Stunden-Woche unweigerlich zu erwarten gewesen wären. Die Metallarbeitgeber hatten dagegen mehr als kümmerliche Angebote gemacht.

Sie schlugen die 38-Stunden-Woche für Schichtarbeiter vor, also für nur 20 Prozent der Beschäftigten.

Dahinter verbarg sich aber keine Nächstenliebe, denn die Akkordpausen sollten auf die zwei Stunden voll angerechnet werden. Auch die Vorruhestandsregelung dient nur dazu, die alten zu vergraulen. Wer mit 58 Jahren aufhören kann, entscheiden nicht die Betroffenen, sondern die Unternehmer.

Die Flexibilität der Arbeitszeit nach «betrieblichen Erfordernissen» ist nur eine beschönigende Umschreibung für die Tendenz, Überstunden in der Hochkonjunktur nicht zu bezahlen und bei Kurzarbeit in der Flaute das Risiko auf die Beschäftigten abzuwälzen.

Der Rationalisierungsdruck steigt

Obwohl die Unternehmer glauben, über ein hilfloses Heer von drei Millionen Arbeitslosen zu

verfügen, haben sie ihre eigenen Ziele keineswegs durchgesetzt. Der von ihnen hinausgezögerte Arbeitskampf zwang die Gewerkschaften nicht in die Knie, führte nicht zu ihrer Schwächung oder Spaltung. Die Allmacht des Geldes hat ihre Grenzen.

Die Taktik der Gewerkschaften ging auf. Auf Grund sorgfältiger Überlegungen, wobei die Erfahrungen der Vergangenheit ebenso eine Rolle spielten wie der Verlauf von Arbeitskämpfen in anderen europäischen Ländern, ging es darum, den Streik möglichst effektiv und beweglich zu führen. Schwerpunktstreiks schonten die eigene Kasse, entsprachen aber der Austeilung von Nadelstichen. Das Vorgehen von Bürgerinitiativen und Friedensorganisationen dürfte ebenfalls in den Arbeitskampf eingegangen sein.

Auf jeden Fall zeigte sich das Ende von Streiks alten Stils ab, den sogenannten «Fernseh- und Tapezierstreiks». Eine Trennung von Akteuren und Unbeteiligten gab es nicht. Die Arbeitnehmer konnten politisch motiviert werden, die Moral stieg mit der Dauer des Streiks, vor allem wegen der Entrüstung über die Aussperrungen. Das Prinzip der Drucker, rotierende, befristete Streiks bei ausgewählten Betrieben trotz kleiner Streikkasse fast ein Vierteljahr durchzuhalten, erwies sich als erfolgreich. Ähnlich gingen die Metaller vor mit dem Streik in den Zulieferbetrieben der Automobilindustrie.

Marterwerkzeug Aussperrung

Die Streiks sind entscheidend vom Versuch der Gegenseite bestimmt worden, die Gewerkschaften durch Aussperrungen in die Knie zu zwingen. Zunächst kam es zu «heissen» Aussperrungen von Gesamtmetall, um die Streikkassen schrumpfen zu lassen, dann folgte als Demo-

ralisierungsversuch aller Metal-
ler die «kalte» Aussperrung. Sie
führte allerdings zu einer gegen-
teiligen Wirkung und löste eine
anhaltende Solidaritätswelle
zwischen Arbeitern und Ge-
werkschaft aus.

Die absichtlich herbeigeführte
Verknappung von Lagerbestän-
den führte zu frühzeitig ange-
setzten Betriebsstillegungen.
Die unheilige Allianz zwischen
Regierung und Industrie zeigte
sich auch an der Parteinahme
der Bundesanstalt für Arbeit,
den durch Betriebsschliessungen
«kalt» Ausgesperrten die
Auszahlung des Kurzarbeiter-
geldes zu verweigern. Von
BMW und Daimler-Benz griff
die «kalte» Aussperrung auf das
gesamte Bundesgebiet über, um
einen sozialen Flächenbrand zu
erzielen. Dieser Anschlag auf
den sozialen Frieden offenbarte
den Zynismus des Kapitals, das
seine Ziele mit erzwungenem
Elend durchsetzen wollte.

Bundesanstalt für Arbeit fiel Ausgesperrten in den Rücken

Die Nürnberger Behörde ergriff
Partei für die Arbeitgeber, ob-
wohl sie zur Neutralität in Tarif-
konflikten verpflichtet ist. Ihr
Leiter Franke erwies sich als
Vollzugsgehilfe seines Kanzlers,
während sich Bundesarbeitsmi-
nister Norbert Blüm auf seine
Vergangenheit als christdemo-
kratischer Gewerkschafter be-
sann und die willkürliche Aus-
dehnung der «kalten» Aussper-
rung verurteilte.

Die Bundesanstalt hat den vom
Grundgesetz her begründeten
Anspruch auf Leistungen abge-
lehnt, weil die Betroffenen in ei-
nem Industriebereich tätig sind,
der anderenorts bestreikt wird.
Wen erinnert das nicht an die
Sippenhaft der Nazis? Es ver-
steht sich von selbst, dass Fran-
ke sich des Beifalls der Regie-
rung und ihrer Meinungsmacher
sicher sein konnte. Ob die unter
Vorbehalt dennoch freigebebe-

nen Zahlungen nicht rückzahl-
bar sind, wird das Bundesverfas-
sungsgericht entscheiden müs-
sen.

Diffamierung der Streikenden

Innerhalb der Union der rechten
Hand fiel, wie zu Erwarten, be-
stimmten Blättern die Aufgabe
zu, die Streikenden als «Toten-
gräber der deutschen Wirt-
schaft» — so der Kommentar
von Springers Programmzeit-
schrift «Hör zu» — zu verteu-
feln. Der ehemalige «Bild»-
Chefredakteur und jetzige Re-
gierungssprecher Peter Boeh-
nisch wettete in seinem Stamm-
blatt über jene, die den «Auf-
schwung kaputtstreiken» woll-
ten, und rückte die Streikenden
in die Nähe von «vaterlandslo-
sen Gesellen» nach dem altbe-
währten Vorbild Kaiser Wil-
helms II.

Die Legende vom Milliardenschaden

Breite Resonanz fand die Be-
hauptung, der deutschen Wirt-
schaft wäre durch den Arbeits-
kampf ein Schaden in Milliar-
denhöhe entstanden und die
Produktionsausfälle — vor al-
lem in der Automobilindustrie
— müssten zu schweren Export-
rückschlägen führen. Dieses
Märchen ist bereits unmittelbar
nach dem Streik von neutralen
Institutionen widerlegt worden.
Selbst das Bundeswirtschafts-
ministerium hat die Katze aus dem
Sack gelassen und erklärt, es be-
stehe durchaus die Chance, Pro-
duktionsausfälle im Lauf des
Jahres zu einem «wesentlichen
Teil» wieder aufzuholen.
Mit den Tarifabschlüssen sei
«ein gesamtwirtschaftlich noch
vertretbarer Kompromiss» ge-
funden worden. Die Deutsche
Bundesbank teilte mit, der Ar-
beitskampf der Metallindustrie
habe zu einem Rückgang des
Bruttosozialproduktes im zwei-
ten Quartal um ein Prozent ge-
führt.

Gleichschaltungspläne der Flick-Partei

Zur Beruhigung der von rechten
Demagogen aufgeputschten Öf-
fentlichkeit hat auch der frisch-
gebackene Bundeswirtschafts-
minister Martin Bangemann
beigetragen, nachdem der ewige
Scharfmacher Graf Lambsdorff
wegen seiner Parteispendenaf-
färe zurücktreten musste. Ban-
gemann hat sich für die Wieder-
aufnahme von Gesprächen zwi-
schen Regierung und Gewerk-
schaften ausgesprochen. Hof-
fentlich wird der vorsichtig tak-
tierende Bangemann das von
seinem Parteichef Hans Dieter
Genscher auf Abruf geplante
Gewerkschaftsgesetz im Papier-
korb verschwinden lassen.

Ziel der Flick-Lobby im Bundes-
tag ist es nämlich, an Tarifver-
trags-Urabstimmungen nicht
nur Gewerkschaftsmitglieder,
sondern auch alle von Kampf-
massnahmen betroffenen Ar-
beitnehmer teilnehmen zu las-
sen. Begründet hat der Winkel-
advokat Genscher diese Forde-
rung damit, dass Tarifabschlüs-
se für alle Arbeitnehmer gelten.
Er vergass allerdings zu ergän-
zen, dass die Gewerkschaften
wiederholt forderten, Auswir-
kungen von Tarifabschlüssen
auf Mitglieder zu beschränken.
Das aber ist ihnen stets verwehrt
worden.

Die Industrie will mit derartigen
Zumutungen die Gewerkschaf-
ten in wichtigen Situationen ta-
rifpolitisch handlungsunfähig
machen, was im Widerspruch
zum Verfassungsauftrag steht.
Vermutlich werden innerhalb
der CDU/CSU viele Abgeord-
nete diesen aggressiven Arbeit-
geberkurs nicht unterstützen.

Die Wogen über den beendeten
Arbeitskampf werden sich aber
nur dann glätten, wenn Aus-
sperrung und andere Druckmit-
tel verschwinden.

Zurückzuführen ist die Entwicklung bis zur Aussperrung auf ehemalige NS-Juristen wie Hans Carl Nipperdey, einen der Mitherausgeber des Kommentars zur «Ordnung der nationalen Arbeit» im Dritten Reich. Er übte mit seinen alten Gesinnungsfreunden nach 1945 einen verhängnisvollen Einfluss auf die Entwicklung des Arbeitsrechts aus. Ausgerechnet ein Paragraphenreiter, der für die «Beseitigung des Klassenkampfes in Beruf und Betrieb» in der NS-Zeit eintrat, sorgte innerhalb des «Arbeitsrechtskartells» für die Besetzung von Lehrstühlen und Institutionen mit braunen Gesinnungsfreunden und entsprechendem Nachwuchs.

Willi Brandt

Dieser Vasall des Unrechtsstaates konnte 1954 Präsident des neugeschaffenen Bundesarbeitsgerichtes werden, nachdem er im Sommer 1952 in einem Gutachten für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gewerkschaftsfeindliche Auffassungen vertrat, die zum geltenden Recht wurden. Es ging um Ersatzansprüche an die Gewerkschaften beim Zeitungsstreik von 1952. Nipperdey konstruierte damals die Theorie vom unzulässigen «politischen» Streik. Auch die juristische Gleichstellung von Streik und Aussperrung, trotz der Übermacht der Arbeitgeber auf Grund ihres Eigentums an den Produktionsmitteln, stammt von ihm. Für Nipperdey ist die «Waffengleichheit» erst durch die Aussperrung geschaf-

ten worden. Auf sein Konto geht auch die Diffamierung spontaner Streiks, die als «wilde» Streiks im Arbeitsrecht ihren Eingang fanden.

Autonomie erstes Gebot

Kein Wunder, wenn Leonhard Mahlein eine autonome Gewerkschaftspolitik vertritt und jede systemstützende Rolle innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ablehnt. Sein Einfluss innerhalb des DGB war beachtlich. Vier Industriegewerkschaften — Druck und Papier; Metall; Holz und Kunststoff; Handel, Banken und Versicherungen — stützen mehr oder weniger seine Thesen, während die übrigen Industriegewerkschaften eine reformistische, sozialdemokratische Linie verfolgen.

Nachbarn auf einem kleinen Planeten

Rede vor der Parteihochschule der Volksrepublik China 1984

Für die Möglichkeit, hier zu Fragen des Friedens sprechen zu können, möchte ich aufrichtig danken. Ich will Bemerkungen zu drei Bereichen machen: erstens zum Denken über Krieg und Frieden in der aufklärerischen und der sozialistischen Tradition; zweitens zu Aspekten der aktuellen Lage; drittens zu einigen grundsätzlichen und praktischen Schlussfolgerungen.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich, in Mitteleuropa geboren und im europäischen Denken und Leben zu Haus, dazu neige, die Dinge aus meinem Teil der Welt zu betrachten und an dessen Geschichte zu illustrieren. Ich bin nach China gekommen, um mehr darüber zu erfahren, wie die Weltprobleme *hier* gesehen werden. Mir ist von vornherein bewusst, dass sich Ihnen

manche Fragen anders stellen als uns. Und dass wir gut daran tun, Ihre Erfahrungen einzubeziehen und Ihre Urteile zu bedenken. Ich bin natürlich auch gekommen, um auf Ihre Fragen Antwort zu geben.

I.

Als das europäische Bürgertum noch jung, als es fortschrittlich war — also zu Zeiten der Französischen Revolution von 1789 — war der Völkerfriede eine seiner leitenden Ideen. Die bürgerlichen Revolutionäre waren überzeugt, dass die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im Innern, die nationale Versöhnung also, den Frieden zwischen den Nationen mit Notwendigkeit nach sich zöge. Der Gedanke schien einfach: Eine Gesellschaft, eine Nation, die im Innern Zwang und Unter-

drückung beseitigt, Humanität und Menschenrecht verwirklicht hat, wird nach aussen nicht Zwang und Unterdrückung üben, nicht Vernunft und Würde des Menschen mit Füßen treten. Diese Gedankenfigur vom — modern ausgedrückt — Primat der Innen- über die Aussenpolitik kehrt in der sozialistischen Theorie wieder. Ich komme darauf zurück.

In der Praxis stellte sich das Problem nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal anders dar. Um zu siegen, musste die bürgerliche Revolution sich der Kräfte des Ancien Régime mit Gewalt erwehren: im Innern wie nach aussen. Ihre Kriege erschütterten den Glauben der Revolutionäre an den künftigen Völkerfrieden nicht. Er, so nahm man unvermindert an, werde sich einstellen, sobald in allen Ländern die